28 Jahrgang. Donnerstag, 25. Februar. Morgen-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 15714.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Zum Socialisten-Gesetz.

Die vom Centrum eingebrachten Anträge zum Socialistengesetz müssen von zwei Seiten aus betrachtet werden, und zwar von der taktischen und von der materiellen Seite. Sind die abschwächenden Momente dieser Abänderungs-Anträge derartige, daß die Regierung und die grundsätzlich mit derselben gehenden Parteien ein in seinen Mitteln und Wirkungen so herabgemindertes Gesetz als noch brauchbar für seine Zwecke anerkennen können und daß weiter die Gegner des bestehenden Gesetzes es nunmehr annehmen könnten als ein solches, welches für eine kurze Dauer als noch erträglich zu erachten sei?

Wir glauben beide Fragen verneinen zu müssen. Die vorgeschlagenen wesentlichen Minderungen bestehen kurz in Folgendem:

Aufhebung des Verbots von Versammlungen unter Zugrundlegung der Annahme socialdemokratischer Tendenzen derselben; das Erscheinen periodischer Druckschriften kann erst dann verboten werden, wenn das Verbot einer einzelnen Nummer zum zweiten Male (bisher schon beim ersten Male) erfolgt ist; die Zusammensetzung der Beschwerde-Commission (bisher 4 Mitglieder des Bundesraths und fünf der höchsten Gerichtshöfe) soll derart stattfinden, daß alle neun Mitglieder den höchsten Gerichtshöfen zu entnehmen sind; der kleine Belagerungszustand ist aufzuheben für Hamburg und Leipzig und bleibt nur noch bestehen für Berlin und einen Umkreis von 30 Kilometer; derselbe ist aber dahin zu modificiren, daß die Abhaltung von Versammlungen nicht mehr von vorgängiger Genehmigung durch die Polizeibehörden abhängig gemacht wird; endlich soll die Verlängerungsdauer des so modificirten Gesetzes bis zum 30. September 1888 festgesetzt werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß das Aufheben des Verbotsrechtes der Polizei für Versammlungen eine wesentliche Erleichterung bedeuten könnte, aber in Wirklichkeit wird eine solche nach den gemachten Erfahrungen über die Handhabung des Gesetzes nicht eintreten, denn die Polizeiorgane werden dann bei den einmal genehmigten Versammlungen in noch rigoroserer Weise wie bisher von dem Auflösungsrechte Gebrauch machen, und die nothwendige Folge davon wird sein, daß bei der acuten Wirkung jeder Auflösung einer mehr oder minder doch stets erregten Versammlung die Erbitterung gegen das Gesetz noch größer werden wird; das Verbot einer Versammlung verstimmt, aber die Verstimmung zertheilt sich an vielen einzelnen in einem augenblicklich lokalen Zusammenhang nicht stehenden Stellen; die Auflösung einer Versammlung aber, also das Entziehen eines einmal gegebenen Rechts erbittert jede zu gemeinsamem Thun vereinte Menge.

Wir erachten daher diese Erleichterung als eine gerade zu entgegengesetztem Zwecke wirkende und können dieselbe darum nicht acceptiren.

Ebenso unannehmbar ist die Aufrechterhaltung des kleinen Belagerungszustandes für Berlin und Umkreis, da in demselben die Ausweisungsbefugniß, für uns der Kernpunkt des ganzen Gesetzes, stehen geblieben ist. Die Gegner der Verlängerung des Gesetzes werden unter keinen Umständen sich bewegen lassen, für den Preis der Befreiung von Hamburg und Leipzig vom kleinen Belagerungszustande der Verlängerung des Gesetzes zuzustimmen, und die Regierungen werden nun und nimmermehr Hamburg und Leipzig als Belagerungszustand-Gebiete aufgeben. Windthorst hat nun aber erklärt, daß dieser Theil seiner Abänderungsanträge der sei, an dessen Annahme er festhalten müsse, für dessen Bewilligung er die anderen zu modificiren oder aufzugeben bereit sei; gerade in diesem Punkte wird jedoch voraussichtlich das Centrum isolirt bleiben; es wird dann vor die Frage gestellt werden, ob es den § 28 des bisherigen Gesetzes aufrecht erhalten oder das ganze Gesetz fallen lassen will; und da werden wir sehen, wie sich das Centrum spalten und zu einem Theile gegen die Verlängerung des nur in unwesentlichen Punkten erleichterten Gesetzes stimmen wird, wie aber der andere, vielleicht kleinere Theil desselben mit den drei gouvernementalen Parteien gehen und dadurch die Verlängerung des bestehenden Gesetzes auf voraussichtlich drei Jahre — auf welche Zeitdauer die Majorität unter sich compromittirt haben dürfte — herbeigeführt werden wird.

Dieser Ausgang der Dinge ist mit ziemlicher Bestimmtheit vorauszusehen und man kann sich nur fragen nach den taktischen Gründen, welche den Führer des Centrums bewogen haben, seine Anträge einzubringen.

Es scheint die billige Quittung für die als ungenügend befundene Gabe der preußischen Regierung auf dem Gebiete der Kirchengesetzgebung zu sein; man zeigt der Reichsregierung den guten Willen, ihr auf anderem Gebiet dankbar entgegengekommen zu sein, man belastet dann dieselbe mit dem Vorwurf, diesen guten Willen nicht angenommen zu haben, und ist hiermit in der Abrechnung glatt und quitt; ein noch einzulösender Schuldtitel für das Branntweinmonopol bleibt nicht mehr übrig.

Deutschland.

L. Berlin, 24. Febr. Die Commission für die Unfallversicherung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter hat gestern den Principalantrag des Grafen Behr unverändert angenommen, nachdem vorher die Zusatzanträge des Abg. Struckmann zu demselben gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Deutschfreisinnigen abgelehnt waren. Danach soll als § 13a folgende Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden:

„Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, die Formen für die Organisation und die Verwaltung der Berufsgenossenschaften, den Maßstab für die Umlegung der Beiträge, das Verfahren bei dieser Umlegung, sowie die Organe zu bestimmen, durch welche die Verwaltung der Berufsgenossenschaft geführt wird. Wenn in einem Bundesstaate bis zum .... landesgesetzliche Bestimmungen dieser Art nicht erlassen sind, oder die Organisation nicht durchgeführt ist, finden folgende Vorschriften Anwendung."

Staatssecretär v. Bötticher hatte sich für den Antrag erklärt, da er nur auf diesem Wege auf das Zustandekommen des Gesetzes hoffen könne. Von den Abg. Struckmann und Schrader wurde ausgeführt, daß es falsch sei, der Landesgesetzgebung das Recht zu geben, an die Stelle der reichsgesetzlichen Bestimmungen landesgesetzliche zu setzen, ohne ganz genau und unzweifelhaft die Grenzen dieser Befugniß zu bestimmen. Noch weniger durchführbar sei der zweite Absatz. Dieser setze fest, daß wenn die Landesgesetzgebung nicht bis zu einer Frist von ihrer Befugniß Gebrauch gemacht und die Berufsgenossenschaft organisirt habe, ohne Weiteres mit Ablauf des Termins die reichsgesetzlichen Bestimmungen eintreten. Die Folge werde erstens sein, daß — was auch allseitig anerkannt wurde — die Einführung der Unfall-Versicherung erst längere Zeit nach Ablauf der immerhin einige Jahre betragenden Frist durchgeführt werden könne, da vor Ablauf derselben das Reich nicht in der Lage sei, seinerseits mit der Organisation vorzugehen. Zweitens könne der Fall eintreten, daß ein Bundesstaat zwar die Regulirung der Unfallversicherung seinerseits begonnen aber nicht bis zu dem gesetzten Termine fertig gestellt habe. Dann werde, da nun ohne Weiteres die reichsgesetzlichen Bestimmungen Platz griffen, Alles was geschehen sei vergebens sein. Endlich aber werde große Rechtsunsicherheit eintreten, da zweifelhaft sein könne, wie weit im einzelnen Falle die reichsgesetzlichen durch die landesgesetzlichen Bestimmungen ersetzt seien. Obwohl diesen Gründen nichts entgegengesetzt werden konnte, wurde doch der Antrag Behr nngenommen.

Berlin, 24. Febr. Die Betheiligung der Stadtgemeinde Berlin bei der nationalen Ausstellung bildete das Hauptthema einer gestern abgehaltenen außerordentlichen Sitzung des Magistrats. Trotz eines vorläufig nur theilweise entgegenkommenden Schreibens der Reichskanzleramts vom 13. d. M. an Herrn Kühnemann (in welchem gesagt ist, daß der Reichskanzler sich zwar noch nicht über eine directe Betheiligung des Reichs an den Kosten hat schlüssig machen können, daß er aber auch kein prinzipieller Gegner der Ausstellung ist) wurde einstimmig beschlossen, daß der Magistrat ohne Weiteres und ohne die Stadtverordneten-Versammlung gehört zu haben sich den Vorschlägen der Kaufmannschaft und dem provisorischen privaten Comité gegenüber rein negativ verhalten zu dürfen. Der Magistrat will der Ausstellung als Mitunternehmer nur in dem Falle einer Mitbetheiligung der einzelnen Staaten oder der Reichsregierung näher treten. Dagegen hat er beschlossen, für die ersten Vorarbeiten, welche dazu dienen, die Chancen der Betheiligung und dergleichen Präliminarien festzustellen, einen Credit von 30 000 Mk. seitens der Stadtverordneten-Versammlung zu fordern. Die Ausstellungs-Frage wird somit vor der Vertretung der deutschen Reichshauptstadt alsbald zur Berathung und öffentlichen Verhandlung gelangen. Das kann nur der endlichen Klärung der Sache förderlich sein.

* [Ministerkrisengerüchte.] In Abgeordnetenkreisen sprach man vorgestern allgemein von einer Erschütterung der Stellung des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten. Man wollte Symptome einer solchen in der matten sachlichen Vertheidigung der in sein Ressort schlagenden Polenvorlage, in dem Mangel an Unterstützung seiner im Hause anwesenden Ministercollegen, in der etwas laut aufgetragenen Verherrlichung der von Niemand angegriffenen agrarischen Politik des Reichskanzlers und endlich in der Art erblicken, wie Herr v. Rauchhaupt die Vertheidigung der Vorlage mit mehr oder weniger scharfen Angriffen auf ihre Begründung durch den Minister zu verbinden wußte. Herr v. Rauchhaupt gilt als Sturmvogel, welcher bei aufziehenden Wolken am ministeriellen Himmel ein Unwetter durch seinen Flügelschlag und seine Stimme verkündet. Eingeweihte oder doch solche, die sich für eingeweiht halten, wollen die bevorstehende Erschütterung der Stellung des Dr. Lucius auf sein etwas zu selbstständiges Vorgehen bei seiner landwirthschaftlichen Reise nach Ungarn zurückführen, welche das Mißfallen des Reichskanzlers erregt habe, der bekanntlich die freie Bewegung seiner „Collegen" namentlich im Auslande nicht sonderlich liebt. — So berichtet die „Voss. Ztg."

* [Deutschland und die Pariser Weltausstellung.] Officiös wird der „Köln. Ztg." aus Berlin hierüber geschrieben: Die ablehnende Haltung, welche Deutschland sowie einige andere Mächte gegenüber der von Frankreich für 1889 geplanten Pariser Weltausstellung eingenommen haben, wird in Pariser Blättern auf den allgemein herrschenden Druck in Handel und Verkehr geschoben. Es ist dies im großen und ganzen wohl zutreffend. Nach Lage der Dinge sprechen aber auch noch andere Gründe mit; man wird hier die Betrachtung angestellt haben, daß die deutschfeindliche Stimmung in Frankreich in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Unter diesen Umständen hat man sich hier wohl sagen müssen, daß es nicht unbedenklich sein würde, den Patriotenligisten und ähnlichen Leuten, die den Chauvinismus gewerbsmäßig betreiben, monatelang leichte Gelegenheit zu geben, sich in der deutschen Section einer Pariser Ausstellung durch Ungehörigkeiten auszuzeichnen und bei Gelegenheit von Aufreizungen und freien Entrées die deutschen Farben zu beschimpfen. Die Beziehungen der deutschen Regierung zu der französischen sind heute durchaus befriedigend, und man wünscht bei uns, dieselben zu pflegen. Es empfiehlt sich deshalb im allgemeinen Interesse, Situationen vorzubeugen, welche deutscherseits zu Reclamationen Veranlassung geben und der französischen Regierung Verlegenheiten bereiten könnten. So lange es den Franzosen gefällt, das Tischtuch zwischen ihnen und uns als zerschnitten zu betrachten, erscheint jede deutsche Annäherung als unverträglich mit der Würde Deutschlands. Ganz unabhängig von diesen Erwägungen ist es aber gewiß Thatsache, daß in den meist interessirten und best unterrichteten Kreisen des Handelsstandes augenblicklich die Abneigung gegen Ausstellungen so allgemein hervortritt, daß dies allein genügen würde, Deutschlands ablehnende Haltung in der vorliegenden Frage zu rechtfertigen." Das wäre wohl schon einmal ein „kalter Wasserstrahl" nach Paris.

* [Die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen in Berlin] haben in den beiden betheiligten Wahlbezirken für die liberale Partei günstige Ergebnisse geliefert. Von der dritten Abtheilung des 27. Communal-Wahlbezirks wurde an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Straßmann der Candidat der Liberalen, Drechslermeister Törmer, mit 648 Stimmen gewählt. Der Candidat der Bürgerpartei, Dr. Evers, erhielt 532 Stimmen. — Die dritte Abtheilung des 39. Communal-Wahlbezirks wählte an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten und Schulvorstehers Bohm den Candidaten der Liberalen, Drechslermeister Tropske, mit 648 Stimmen, während dem Candidaten der Bürgerpartei, Maurermeister Wichmann, 559 St. zufielen.

* [Communalbesteuerung der Offiziere.] Wie schon telegraphisch erwähnt, heißt es, daß die Communalbesteuerung der Offiziere unabhängig vom Pensionsgesetz geplant wird. Die „B. P. N." bemerken dazu, daß die aus der Communalsteuerfreiheit der Offiziere erwachsenden Schwierigkeiten durch Anrufung der Landesgesetzgebung gehoben werden sonen. Es soll dies auf dem Wege geschehen, daß das der Communalsteuer zu unterwerfende Einkommen der Offiziere aus deren Privatvermögen ohne Rücksicht auf die jeweilige Höhe der Communalbelastung am Dienstorte im ganzen Umfange der Monarchie gleichmäßig, etwa zu dem Höchstbetrage der Staatseinkommensteuer, herangezogen wird. Das in bekannten Beziehungen stehende Organ bezeichnet diesen Vorschlag als ein gangbares Compromiß zwischen den betheiligten und sich anscheinend widerstreitenden militärischen und communalen Interessen, um dem für die Interessen der Armee so dringlichen Militärpensionsgesetz den Weg zu ebnen. Wie die „B. P. N." andeuten, würde die Initiative von der Staatsregierung ausgehen.

* [Polnische Gesellschaft zum Güterankauf.] Die Krakauer Polenblätter melden die nunmehr feststehende Bildung einer Gesellschaft, welche die Aufgabe haben soll, zur Versteigerung gelangende Güter polnischer Eigenthümer in Posen anzukaufen, damit dieselben nicht der preußischen Regierung in die Hände fallen.

* An Stelle des Geheimen Medizinalraths Prof. Dr. Liman soll, wie ein Berichterstatter erfährt, der gerichtliche Physikus Sanitätsrath Dr. Long aus Breslau vom Cultusminister zum gerichtlichen Physikus für Berlin ernannt worden sein. Sanitätsrath Dr. Long ist seit vorgestern hier und ist gestern vom Cultusminister empfangen worden.

* [Nachwehen der Carolinenfrage.] In Manila ist man auf das höchste über das Ende der Carolinenfrage und über den Schiedsspruch des Papstes aufgebracht. Man urtheilt dort dahin, daß durch den Vertrag zwischen Deutschland und Spanien der Handel auf den Carolinen- und Palaosinseln thatsächlich ganz den Deutschen überantwortet worden, daß die Herrschaft Spaniens in diesen Archipelen nur eine scheinbare sei, und daß Spanien auf die Dauer nicht im Stande sein werde, sich den Besitz dieser Inseln zu sichern, da das Flottenmaterial ganz ungenügend ist. Man weiß dort, daß der „Nautilus" von den Marshall-Inseln Besitz ergriffen hat und man kann daher nicht begreifen, weshalb Spanien Deutschland noch eine Flotten- und Kohlenstation auf den Carolinen gewährt hat. Die Nachbarschaft der Deutschen auf den Marshall-Inseln beunruhigt die Philippinesen sehr. Der Besitz dieser die Philippinen von den Carolinen trennenden Gruppe erscheint ihnen als ein Keil, welcher bezweckt, das spanische Colonialreich dort zu sprengen.

In Madrid glaubt man, wie der „Voss. Ztg." von dort geschrieben wird, daß die definitive Regelung der Angelegenheit, die Ratificirung des deutsch-spanischen Vertrages, noch unter Umständen zu sehr

---

In Vertretung.

Nachdruck verboten.

1) Novelle von A. Gnevkow.

Der letzte Schein der Abendsonne vergoldete das kleine Bahnhofsgebäude der Station H., glitt blendend über die hohen Scheiben der Wartesäle und blieb in mattem Verglühen noch für einige Minuten auf den Blumenbeeten haften, die mit dürftigen Winden, Rittersporn und blau blühender Männertreu bestellt waren. Wie Oasen in der Wüste sahen trotz des falben, verbrannten Grases, das sie einrandete, diese Blumenfleckchen mit den bunten Kindern des Sommers aus, und wie die Winden jetzt zur Nachtruhe ihre Kelche schlossen, eine einsame, schwankende Rose süßeren Duft denn zuvor aushauchte, schienen sie zum ersten Male die Aufmerksamkeit des Mannes auf sich zu lenken, der mit gesenktem Haupte und gleichmäßigem Schritte an ihnen vorbei gewandert war.

„Ah, wie das duftet", sagte er halblaut vor sich hin, und ein paar ernste, nachdenkende Augen richteten sich für einen Moment auf die Beete, gleich darauf senkte er aber wieder den Kopf, eine finstere Falte zeichnete sich zwischen seine Brauen, und die Hände auf dem Rücken zusammenlegend, trat er wie vorher seine Wanderung an, achtlos auf seine Umgebung, abgemessen, die Schritte mit pedantischer Genauigkeit einen wie den anderen einrichtend.

Es war allerdings keine Kleinigkeit für den Herrn Regierungsrath Werning, eine, beinahe zwei Stunden auf dieser armseligen Station warten zu müssen, bis der Curierzug von der anderen Richtung kam, die er durchreist, und ein unverzeihlicher Fehler von ihm, sich nicht einen Wagen nach M. bestellt zu haben, der ihn nach dem drei Stunden entfernten Bestimmungsorte, dem er zustrebte, bringen konnte. So schloß sich die Post, die nach A. fuhr, erst dem oben genannten Curierzuge an, und er war verdammt, so lange in dem kahlen unwohnlichen Wartezimmer zu hausen, ein Glas Bier vor sich, dessen Inhalt ihm ein Heer von Fliegen streitig machte, oder draußen in der Einöde tausend Mal den kurzen Weg vom Wartegebäude bis zum Schuppen herauf und herunter zu laufen.

Daß ihm, gerade ihm, der vor jeder Reise sich die Route peinlich genau in Gedanken oder auf dem Papiere auszuarbeiten pflegte, dessen Rath von jedem Verwandten und Bekannten vor einem beabsichtigten Ausfluge in Anspruch genommen wurde, ein solches Ungemach à conto einer fahrlässigen Behandlung der diesmaligen Reise passiren konnte, darüber grübelte der Herr Regierungsrath während der ersten Viertelstunde seiner Wanderung an den Blumenrabatten entlang nach, bis er einmal stehen blieb, einige Augenblicke hindurch starr vor sich hinsah, dann ein sehr sauberes, hellseidenes Taschentuch zog, die feucht gewordene Stirne betupfte und vor sich hinmurmelte: „Die Dietrich ist daran Schuld, natürlich nur die Dietrich!"

Wären bei der Bewegung des Taschentuchziehens und wieder Verbergens auch nicht zwei weiße, wohlgeformte Männerhände so deutlich sichtbar geworden, daß man keinerlei goldenen Ehering an ihnen bemerkt, man hätte es bei dem Herrn Regierungsrath doch sofort gewußt, daß er Hymens Banden noch zu entgehen verstanden, und der Ausruf: „Die Dietrich, ja die Dietrich" konnte nur bestätigen, daß an seinem häuslichen Herde ein Wesen walten mochte, gemeinhin Haushälterin genannt, im Speciellen oft „Haustyrann" zu nennen. Wie dem in diesem Falle auch sein mochte, die Dietrich hatte ihren Herrn Regierungsrath jedenfalls in musterhafter Ordnung auf die Reise geschickt, da lag kein Stäubchen auf dem einfarbigen, dunkeln Anzug, der so straff, fast militärisch knapp saß, als liebe sein Träger in keiner Weise ein Sichgehenlassen, die Wäsche war blüthenweiß, die Cravatte besaß eine tadellose Schleife, und in dem Glanz der Stiefel konnte man sich noch jetzt spiegeln, trotzdem der Reisende doch schon seit langen Stunden unterwegs war.

Und was der Herr Regierungsrath damit meinte, daß er die Frau Dietrich für schuldig erklärte, wenn er sich die Reihenfolge auf seiner Reise nicht gehörig überlegt, so that er der guten Frau sicher damit sehr unrecht. Es war richtig, sie hatte ihn in den kurzen Tagen vor seiner Abreise (seine Berufung zur Vertretung des Präsidenten nach A..... war sehr plötzlich gekommen) oft belästigt, aber wie hätte sie dies auch anders einrichten sollen, es gab gar so tausenderlei zu überlegen, zu fragen, wie die Wirthschaft weiterzuführen sei, was der Herr Regierungsrath an Wäsche nachgeschickt haben wollte, wie sie in den Zimmern hantieren dürfe und ob — hierzu bedurfte es häufiger kleiner Manöver — ob sie auch in dem Studirzimmer des Herrn rein machen dürfe. Daß sie kein Buch von seinem Platze verrücken würde, war nach ihrer Versicherung selbstverständlich, denn sie kenne ja die Ordnungsliebe des Herrn, aber neulich habe sie auf den Werken im obersten Fach des Regals eine dichte Lage Staub entdeckt, und Staub — die alte Frau hatte bei ihrem Vortrage fast geschaudert — Staub sei ja dem Herrn Regierungsrath etwas geradezu Verhaßtes.

Darin hatte sie Recht, die gute Dietrich, er verabscheute den Staub, das sagte sich der Herr Regierungsrath Werning, als er seine Wanderung an den Blumenbeeten entlang wieder aufnahm und fast mechanisch mit den Fingern ein eingebildetes Staubkörnchen von dem dunkeln Aermel seines Rockes fortknipste. Freilich hatte er über die Staubgespräche, die er an jenem Tage mit seinem bejahrten Hausgeist gepflogen, das Cursbuch, aus dem er seine Reise, Eisenbahnfahrt und Postanschluß ersehen gewollt, aus der Hand gelegt und war später nicht mehr dazu gekommen, oder hatte nicht mehr daran gedacht, sich zu orientiren, aber Schuld war die Dietrich an seinem Mißgeschick am Ende doch nicht, sondern ganz im Rechte mit ihren vielen Fragen, die es zeigten, daß sie seine Entscheidung allerorten in dem kleinen Haushalt in Anspruch nahm.

Nichts geht doch über gutgezogene Dienstboten, überlegte der Regierungsrath jetzt mit fast heiterer Selbstgefälligkeit, und er hatte keine Ahnung davon, daß er, der erst sechsunddreißigjährige Mann, bei seinem Princip, alles daheim selbst anzuordnen und zu überwachen, einen starken Anhauch von Philisterthum, mindestens von ängstlicher Pedanterie erhielt.

In die beruhigenden Gedanken hinein, auch diesmal in der Residenz alles in bester Ordnung zurückgelassen zu haben, erscholl das schrille Läuten der Bahnhofsglocke, das einen nahenden Zug ankündigte, und da der Regierungsrath das Tempo seiner Schritte um nichts beschleunigte, sah er beim Umgehen des Bahnhofes gerade nur noch die letzten Wagen des wieder davonbrausenden Zuges.

Nur wenige Menschen waren auf der dürftigen Station ausgestiegen, Reisende, die dem Regierungsrath auch kein weiteres Interesse abgewannen, ein paar Männer mit den unvermeidlichen kleinen Koffern oder eleganten schwarzen Kasten, die den Geschäftsagenten ankünden, und eine schlanke, schwarzgekleidete Frauengestalt, die ihr Handgepäck einem Bediensteten der Eisenbahn übergab, trotzdem der eine der Herren sehr dringend auf sie einsprach und sichtlich bemüht war, die Besorgung desselben selbst zu übernehmen.

Am Schalter des jetzt erst geöffneten Postbilletverkaufs traf der Regierungsrath mit all diesen Menschen wieder zusammen und mit einem Seufzer der Erleichterung sah er, daß der altmodische, vierspännige, sechssitzige Postwagen, der

unangenehmen parlamentarischen Kämpfen Veranlassung geben kann.

* [Antisemitischer Congreß.] In einer am 19. Februar in Kassel abgehaltenen „antisemitischen Volksversammlung“ wurde mitgetheilt, daß der diesjährige deutsche antisemitische Congreß in definitive Aussicht genommen sei und zu Pfingsten in Kassel abgehalten werde.

* Der Abg. Singer hat den Fall Mahlow-Ihering auch dem Staatsanwalt übergeben.

* [Die Einschätzungen zur klassificirten Einkommensteuer] haben ein überraschendes Ereigniß ergeben. Während nämlich das Resultat der vorjährigen Einschätzung eine erhebliche Erhöhung der Gesammtsummen des Steuerertrages gegen das Vorjahr ergab, freilich auch sehr viele Einschätzungen Reclamationen veranlaßten, ist diesmal ein, wenn auch nicht bedeutendes Herabgehen des Gesammtsteuerertrages eingetreten.

* Der Erbgroßherzog von Baden ist, den „H. N.“ zufolge, am Katarrhfieber erkrankt.

* Am 22. Februar verstarb in Jänkendorf O.-L. der Fürst Heinrich der 74. j. L. Reuß im 88. Jahre.

* [Das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt] hat, wie unser Berliner △-Correspondent schreibt, bei dem Bundesrath einen Antrag gestellt, zu beschließen, daß die Residenzstadt Rudolstadt in dem Gesetz, betreffend den Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte, in die zweite Servisklasse eingereiht werde.

* [Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme] an Zöllen und Verbrauchssteuern abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten betrug für die Zeit vom 1. April 1885 bis Ende Januar 1886: Zölle 182 572 104 M. (+ 11 782 321 M.), Tabak-Steuer 9 304 459 M. (+ 1 503 507 M.), Rübenzucker-Steuer 18 862 205 M. (— 3 579 298 M.), Salz-Steuer 30 676 554 M. (+ 34 749 M.), Branntwein-Steuer und Uebergangs-Abgabe 29 587 593 M. (— 2 911 243 M.), Bier-Steuer und Uebergangs-Abgabe von Bier 15 216 380 M. (+ 394 120 M.), Spielkarten-Stempel 828 997 M. (+ 13 255 M.). Die Stempel-Abgabe für Werthpapiere betrug in diesem Zeitraum 3 133 449 M., für Schlußnoten und Rechnungen 707 575 M., für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 2 668 826 M., für Loose zu Privat-Lotterien 505 888 M. und für Loose zu Staats-Lotterien 4 283 619 M.

* [Ein neues Repetirgewehr.] Wie der in Steyr erscheinende „Alpenbote“ mittheilt, wird in der dortigen Waffenfabrik gegenwärtig nach den Anordnungen des Generaldirectors Werndl ein Gewehr zusammengestellt, welches alles auf diesem Gebiet bisher Erreichte bei Weitem übertrifft. Aus der neuen Waffe, deren Mechanismus äußerst einfach, können nämlich mit Leichtigkeit vierzig Schüsse in der Minute abgegeben werden (wenn der Lauf nicht glühend wird!), und dieselbe kommt ihrer großen Einfachheit wegen nicht viel höher als ein gewöhnlicher Einzellader zu stehen. In Folge der erwähnten Einfachheit ist auch das Gewicht dieses Gewehres geringer, sowie die Handhabung und Instandhaltung desselben viel leichter als bei sonstigen Repetirern.

* [Die Berliner Wäschenäherinnen] treten kräftig in ihre Bewegung ein. Die letzte Versammlung in der Urania war gut besucht und zwar überwogen die Frauen. Die Lohnverhältnisse, wie sie von der Referentin Frau Dr. Hoffmann und in der Debatte klargestellt wurden, sind zum Theil traurig. Der Arbeitslohn für ein Dutzend Hemden ist in einzelnen Fällen bis auf 1,50 M. heruntergedrückt. Arbeiterinnen, die vernähte Knopflöcher anfertigen, verdienen 3 Pf. pro Stunde bei dieser „monotonen Arbeit, bei der der Geduldigste verrückt werden kann“, wie Frau Büge meinte. Eine Reihe von „Usancen“ erschwert die Lage der Arbeiterinnen. So müssen sie von den Directricen das Garn, zuweilen auch das Maschinenöl entnehmen und natürlich theurer bezahlen. Am schlechtesten sollen die Exportgeschäfte zahlen. In manchen Fällen werden auch höhere Lohnsätze bewilligt. So erklärte eine Arbeiterin, bei 9stündiger Arbeit 15 M. pro Woche zu verdienen. Die Forderungen, welche gestellt wurden, lassen sich etwa wie folgt präcisiren: Es sind auf Grund eines Minimallohnsatzes von 10 M. Lohntabellen aufzustellen, die namentlich dazu helfen sollen, die Schundwaare vom Markt zu entfernen. Die Einführung eines Normalarbeitstages ist nicht gut möglich, da die Wäschefabrikation meist im Hause betrieben wird. Die Hausindustrie muß aber möglichst einer Aufsicht unterworfen werden, namentlich in Bezug auf die Beschäftigung der Kinder. Die Verhandlungen dauerten bis Mitternacht.

Leipzig, 22. Februar. Seit König Albert von Sachsen an die Regierung des Königreichs Sachsen gekommen, hat derselbe bisher fast in jedem Jahre einige Tage in Leipzig verweilt und hier hauptsächlich der Universität, den Kunstinstituten und der Industrie seine Aufmerksamkeit gewidmet. Auch in der ganzen verflossenen Woche weilte König Albert in Leipzig, und das Interesse für die angegebenen Stätten läßt sich aus der Thatsache entnehmen, daß der König vom Dienstag bis Freitag täglich drei, mithin im ganzen zwölf Vorlesungen an hiesiger Universität beiwohnte und zu der täglich im königlichen Palais stattfindenden Hoftafel jedesmal auch jene drei Professoren laden ließ, deren Vorlesungen er an dem betreffenden Tage besucht hatte. Auch die neue imposante Peterskirche und nächstdem die weitbekannte hiesige Augenheilanstalt, sowie industrielle Etablissements in Leipzig und den Vorstadtdörfern wurden der Ehre des Besuchs des hohen Herrn zu Theil, welcher die Abende abwechselnd im Neuen Gewandhause und im Neuen Stadttheater zubrachte, und zwar gemeinsam mit der Königin und dem Prinzen Friedrich August von Sachsen, bezw. dem Erbprinzen von Waldeck, welcher zur Zeit hier studirt.

V Kiel, 22. Febr. Auf Einladung des hiesigen liberalen Vereins hat sich der Reichstagsabg. Rickert bereit erklärt, zu Kiel in öffentlicher Versammlung einen politischen Vortrag zu halten. Diese Versammlung wird am Montag den 1. März hierselbst stattfinden.

Bezüglich der Verhaftung des Redacteurs des „Kieler Tageblatts“, Herrn Richard Prohl, theilen wir in Ergänzung unseres gestrigen Berichtes folgendes mit: Prohl hat bei seiner Vernehmung eingestanden, daß er den Sarauw Marine-Nachrichten mitgetheilt habe, doch will er nur über Vorgänge z. B. berichtet haben, die täglich in der deutschen Presse besprochen werden. Er erklärte ein, für seine Mittheilungen Honorar erhalten zu haben. Prohl diente zu Anfang der 70er Jahre als Zahlmeister-Applicant in der Marine, bestand das Examen, wurde aber kurz darauf plötzlich entlassen. Er führte in den letzten Jahren ein ziemlich flottes Leben.

Freiburg, 23. Febr. Die hier abgehaltene Vertrauensmänner-Versammlung der Badischen Centrumspartei war, einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ zufolge, aus allen Theilen des Landes von etwa 300 Personen, darunter 150 Geistlichen, besucht. Dieselbe nahm eine Resolution an für eine entschiedene Politik der Centrumspartei, tadelte die lässige Haltung der Fractionsmehrheit, also Dekan Lender und Genossen, votirte eine Resolution für die Presse in anerkennendem Sinne und forderte auf, fortzufahren auf dem bisherigen Wege. Ein Comité wurde mit der Aufgabe betraut, eventuell die Neuorganisation der Partei vorzunehmen. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Die Versammlung brachte Hochs auf das Centrum, Windthorst und zum Schluß auf den Erzbischof aus.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 23. Februar. Der Fürst von Montenegro hat seinen Aufenthalt in Paris zur Vorbereitung einer Anleihe benutzt. Es ist möglich, daß er sich deshalb nochmals nach Paris begiebt. — Der deutsche Gesandte in Belgrad, Graf Bray forderte die serbische Regierung auf, den deutschen Firmen bei der Waaren-Einfuhr dieselben Vorrechte einzuräumen wie den Firmen in Fiume und Triest. Garaschanin lehnte die Forderung ab mit einem Hinweise auf die Begünstigungen, welche Oesterreich-Ungarn und Serbien im Grenzverkehr eingeräumt sind. — In Kronstadt (Siebenbürgen) fand gestern ein Erdbeben mit zwei starken Stößen statt. (Frankf. Z.)

England.

London, 22. Februar. Henderson, Chef der Polizei von London, ist, wie der „Frankf. Zeitung“ gemeldet wird, von seinem Posten zurückgetreten, jedenfalls veranlaßt durch den scharfen Tadel, den er allgemein wegen der Passivität der Polizei bei den ersten Anarchistenexcessen erfahren hat.

Serbien.

Belgrad, 23. Febr. Eine heute abgegangene serbische Circularnote an die Großmächte motivirt die gestrige serbische Vorlage eines einzigen Friedensartikels auf der Friedensconferenz in Bukarest folgendermaßen: Nachdem die Großmächte jede einzelne Friedensbedingung dictiren wollen, ihre Vertreter in Bukarest sich sogar täglich in die Friedensverhandlungen einmengen und der Souveränetät des unabhängigen Serbien nicht Rechnung tragen, läßt Serbien alle Details in den Friedensverhandlungen fallen, begnügt sich mit der nackten Feststellung des Friedens und schiebt jede Verantwortung für die künftigen Schwierigkeiten den Großmächten zu.

Griechenland.

Athen, 23. Februar. Der neue türkische Gesandte Feridun Bey überreichte heute dem König Georg sein Beglaubigungsschreiben. Er gab dabei der Werthschätzung des Sultans für den König und dem Wunsche desselben Ausdruck, gute Beziehungen mit Griechenland aufrecht zu erhalten. Der König sprach in seiner Erwiderung die gleichen Gesinnungen für den Sultan und den Wunsch nach Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit der Türkei aus. (W. T.)

Rußland.

* [Machinationen auf der Balkanhalbinsel.] Der Schwiegersohn des Fürsten von Montenegro, Peter Karagyorgyevics, hat, wie neulich erwähnt, während der Fürst der Zeit bei Zaren war, ein Manifest an die Serben erlassen, worin er ihnen seine Dienste anbietet, falls sie König Milan nicht mehr brauchen können. Pester und Wiener Blätter brachten schon Andeutungen darüber, den Text aber kannte sie nicht. Einem Petersburger Blatt, dem „Sviet“, war es vorbehalten, das Manifest zu publiciren, und die officiöse „Now. Wr.“ lobt dasselbe und sagt darüber:

„Der Autor tritt offen als Prätendent für den serbischen Thron auf und beschuldigt den König Milan, die Interessen der Südslaven verrathen zu haben. Aus persönlichem Interesse habe er dem serbischen Volke die Rolle des Kain in der slavischen Familie aufgezwungen. Die Gefühle, an die der Fürst appellirt, leben noch in den Herzen der Mehrzahl der Serben, und wenn Milan seinen unseligen und verbrecherischen Kampf mit den Bulgaren wieder beginnt, so können diese Gefühle der Dynastie der Obrenowitsch leicht verhängnißvoll werden.

Peter Karagyorgyevics findet also in Rußland Unterstützung als Prätendent in Serbien und als Candidat für den bulgarischen Thron und den Gouverneurposten in Ostrumelien. Natürlich ist diese Unterstützung keine officielle. Aber was nicht ist, kann werden. Das in Neusatz erscheinende Blatt „Sastawa“ will aus verläßlicher Quelle erfahren haben, daß sich der russische Thronfolger mit einer Tochter des Fürsten von Montenegro verlobt habe. Dann würde Peter der Schwager des künftigen Zaren, für den der Thron eines großen Balkanstaates eine ganz passende Versorgung wäre.

Amerika.

Washington, 23. Februar. Die Majorität der Finanzcommission hat in einem von ihr erstatteten Bericht dem Repräsentantenhause die Annahme einer Resolution empfohlen, durch welche der Schatzsecretär aufgefordert wird, monatlich 10 Millionen Dollars zur Amortisirung der Staatsschuld zu verwenden, sobald der Ueberschuß des Staatsschatzes 100 Millionen Dollars übersteigt.

* [Große Feuersbrunst.] Nach einem Telegramm der „Times“ aus Philadelphia ist die Stadt Wilmington in Nord-Carolina von einer heftigen Feuersbrunst heimgesucht worden. Das Feuer war auf einem mit Baumwolle beladenen Dampfer ausgebrochen und hatte sich auf die Werften verbreitet. Viele Gebäude und Waarenlager, zwei Dampfer und Segelschiffe sind verbrannt. Der Schaden wird auf 1 500 000 Dollars geschätzt. Es werden Sammlungen veranstaltet zur Unterstützung der obdachlosen und sonst nothleidenden Armen.

Von der Marine.

V Kiel, 22. Febr. Der Chef der Admiralität hat angeordnet, daß im Monat März c. eine Prüfung von Marine-Ober-Feuerwerkern und Feuerwerkern zu Feuerwerks-Lieutenants stattfinden soll. Dieselbe wird in den Tagen vom 15. bis 18. März c. hierselbst abgehalten und wird nur eine beschränkte Anzahl von Prüflingen zugelassen werden. Das Examen ist dem der Feuerwerks-Lieutenants der Armee gegenüber ein bedeutend schwierigeres.

Das Massenmeeting im Hyde-Park.

Ueber die schon telegraphisch mehrfach erwähnten Vorgänge erhalten wir folgenden näheren Bericht aus London vom 22. Februar:

Das Massenmeeting war von dem Generalrath der socialdemokratischen Föderation einberufen und hatte den Zweck, die Regierung zur Ergreifung von Maßregeln zur Linderung der Noth unter den Arbeitslosen aufzufordern. Der allgemeine Sammelplatz war wie üblich der „Reformer's Baum“, woselbst sich schon um 1 Uhr Contingente sogenannter Socialdemokraten aus fast sämmtlichen Stadttheilen Londons eingefunden hatten. Als kurz nach 3 Uhr die Veranstalter und Redner des Meetings in drei Wagen ankamen, wartete ihrer bereits eine ungeheure, vielleicht 50- bis 60 000 Köpfe starke Volksmenge. Alle Zugänge zum Park waren von starken Abtheilungen Polizei, beritten und zu Fuß, besetzt, während in unmittelbarer Nähe starke Reserve-Contingente für etwaige Eventualitäten in Bereitschaft gehalten wurden. Die Menschenmenge im Park betrug sich sowohl vor dem Meeting wie während desselben musterhaft. Dagegen hatte sich in Great Stanhope Street ganz dicht beim Park ein großer Haufen niederen Gesindels zusammengerottet, welches dazu aufgelegt schien, Ruhestörungen zu verursachen. Es wurde sofort berittene Polizei requirirt, welche die Straße in wenigen Minuten völlig säuberte und neue Zusammenrottungen verhinderte.

Inzwischen hatte das Meeting begonnen. Von drei Wagen herab, von denen jeder eine rothe Fahne entfaltete, wurden Ansprachen gehalten, welche sich in den gewöhnlichen heftigen Ausdrücken gegen die heutigen gesellschaftlichen Zustände ergingen, ohne indeß zu Ruhestörungen und zum Friedensbruch aufzuwiegeln. Unter den Rednern befanden sich Hyndman, Champion, Williams und John Burns. Letzterer bemerkte u. a., er sei der Aufwiegelung zum Aufruhr angeklagt worden. Wenn das Predigen der socialen Revolution, die absolut nothwendig und unvermeidlich wäre, Aufruhr sei, so fürchte er, daß er sich der Aufwiegelung zu demselben schuldig machen dürfte, bis er vom Grabe reklamirt werde. Falls nicht die geforderten Reformen gewährt werden, würde der Saamen der blutigen Revolution fortgesetzt Keime treiben, und auf diejenigen, die müßig dabei ständen, anstatt der Bewegung Vorschub zu leisten, würde die Verantwortlichkeit fallen für den Kampf, der folgen würde, und den damit verknüpften Lebens- und Vermögensverlust. Der Arbeiter bitte nicht um ein Almosen, sondern um Arbeit. Die Socialisten hätten ihre Hände an den Pflug gelegt und ihre Aufgabe werde nicht eher gelöst sein, bis der Arbeiter sich von seinem Joche befreit haben werde. Die gefaßten Resolutionen drückten Entrüstung aus über den Verzug auf Seiten der Regierung in der Inangriffnahme nothwendiger Bauten zu billigen Lohnsätzen, verlangten, daß die Regierung sofort die Vorschläge der socialdemokratischen Föderation zur Abhilfe der Arbeiternoth adoptire und erklärten, daß der Arbeiter-Misere nicht eher dauernd abgeholfen werden würde, bis sich die Arbeiter hinlänglich organisirt haben, um den Sturz des gegenwärtigen Systems des ökonomischen und socialen Druckes zu bewerkstelligen, indem sie als eine gebildete Demokratie das Gesetz, den Regierungsapparat, das Kapital und alle Productivmittel in ihre Hände nehmen, um sie für den Vortheil des gesammten Arbeitergemeinwesens zu verwerthen.

Als das Meeting zu Ende war, folgten Tausende von Menschen den Wagen mit den Socialistenführern. Am Ausgange des Parks ließ Burns die Wagen halten und hielt eine Ansprache an die Volksmenge, in welcher er sie ermahnte, sich friedlich zu zerstreuen und der Polizei keine Ursache für Verdruß zu geben. Dann setzte sich der Wagenzug mit seiner Escorte wieder in Bewegung. Berittene Polizei und starke Abtheilungen von Fußconstablern gaben dem Zuge das Geleite, um die Menge daran zu verhindern, sich an irgend einem Punkte in solider Masse zu concentriren. Der Pöbel schrie und lärmte und versuchte auch hier und da Fenster einzuwerfen, aber ernste Excesse unterblieben. Bei dem Victoria-Bahnhofe, wo die Insassen des Wagens ausstiegen, zerstreute sich der Volkshaufen größtentheils, aber das Socialisten-Contingent von Süden Londons setzte seinen Marsch fort und gab der Polizei viel zu schaffen, zumal in der Umgegend von Westminster, wo es von dem Pöbel aus den verrufenen Straßen dieses Bezirkes verstärkt wurde. Eine beabsichtigte Invasion in Parlaments-Street, wo die Regierungsgebäude gelegen sind, wurde durch eine compacte Polizeimasse verhindert. Auch diesseits und jenseits der Westminster-Brücke hatte die Polizei einen harten Stand, aber schließlich gelang es ihr, den zu Ausschreitungen geneigten Pöbel gründlich zu zerstreuen, wobei sie viele Verhaftungen vornahm. Ohne die große Machtentfaltung und Energie der Polizei würden unbedingt wieder ernste Ruhestörungen entstanden sein.

Telegraphischer Specialdienst
der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. Febr. Der Reichstag, wo u. a. der Antrag Helldorff auf Verfassungsänderung durch Einführung 5jähriger Legislaturperioden zur Debatte stand, unterbrach seine Sitzung bald nach Beginn wegen Beschlußunfähigkeit. Diese ergab sich nämlich, als die Abgg. Ballestrem und Bamberger, denen Abg. v. Helldorff entgegentrat, mit Rücksicht auf die wichtigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses die Vertagung beantragten.

Berlin, 24. Februar. Im Abgeordnetenhause sprach bei der Berathung der Polenvorlage betreffend Anstellung der Lehrer nach den Abgg. Porsch (Centr.) und Bitter (freicons.) Abg. Virchow (freis.): Die frühere Fortschrittspartei habe dem Ministerium Bismarck das Schulaufsichtsgesetz durchsetzen helfen, das freilich die erhoffte Wirkung in den Landestheilen polnischer Zunge nicht gehabt. Seine Partei wolle selbstverständlich die Germanisirung der polnischen Mitbürger z. B. durch Erlernung deutscher Sprache, die ja im eigenstem Interesse jener liege, weil sie die Vorbedingung ihres Fortkommens in Deutschland sei, aber die Assimilirung sei das Product langer Culturarbeit, wie Pommern zeige, das in 200 Jahren vollständig germanisirt worden ist. Wozu aber diese Vorlage, womit man fälschlich glaubt die Nationalität auf einmal umwandeln zu können, für reindeutsche Städte, wie Danzig, Elbing, Thorn, deren Schulen stets rechte Pflanzstätten deutscher Cultur gewesen sind und deren Verwaltungen für die Schulen Vorzügliches geleistet haben? Gewiß sei es betrübend, daß die Polen noch immer an dem Gedanken der Wiederherstellung des Polenreiches festhalten, aber natürlich waren die Sympathien, welche man den Polen bei ihrer Erhebung gegen den russischen Druck entgegenbrachte. Nicht der Polonismus, sondern der Panslavismus sei eine Gefahr für das Deutschthum; daher komme die Abneigung des Liberalismus gegen Rußland, in dessen Hauptstädten die panslavistischen Bestrebungen begünstigt würden. Das erkläre auch den Standpunkt aller Liberalen im Anfang der 60er Jahre, incl. Hrn. v. Sybel, welche den Ministerpräsidenten davor warnten, sich mit Rußland einzulassen. Der Kanzler habe deswegen neulich, auf das Jahr 1863 zurückgreifend, die damalige Oppositionspartei geheimer Verbindungen mit der französischen Botschaft bezichtigt; warum verspricht Fürst Bismarck das Geheimniß darüber auch ferner zu bewahren? Er, Redner, provocire den Kanzler, dieses Geheimniß zu brechen. Die Schulverhältnisse in den Ostprovinzen will auch die deutschfreisinnige Partei aufbessern, aber unter wahrer Gleichberechtigung Aller. Ebenso werde sie sich der Commissionsberathung nicht entziehen, in der hoffentlich die Ungleichheit beseitigt wird.

Cultusminister v. Goßler erklärt die polnische Agitation für gefährlich. Verschiedene Schwankungen in der Schulverwaltung hätten diese geschädigt. Am Anfang der sechsziger Jahre sei die Regierung zu Systemen zurückgekehrt, die bis zum Jahre 1849 mit Erfolg Geltung gehabt. Redner schildert die Zustände vor Reorganisation des Volksschulwesens im Jahre 1872. Weil der polnische Unterricht zu Grunde gelegen, seien deutsche Kinder polonisirt worden. In den 30er Jahren haben die Bischöfe der deutschen Sprache durch Hirtenbriefe wieder einige Ausbreitung gegeben, bald aber fand ein Rückschlag statt, namentlich in Folge der geistlichen Agitation unter den Kassuben und Masuren, die dadurch wieder polonisirt worden seien. Gemäß den Verordnungen von 1872/73 hat die Schulverwaltung den Mangel an Lehrern möglichst beseitigt; in Posen sind die Bildungsanstalten von 323 auf 626 vermehrt, kurz, es ist alles gethan, um das deutsche Element zu stärken. In Masuren und Littauen hat es sich gezeigt, daß die Ersatzmannschaften der deutschen Sprache wieder entwöhnt worden sind, seitdem sie die Schule verlassen haben. Demnach ist ein regeres Fortbildungsschulwesen nöthig. Häufig wird von den Polen, namentlich von Kindern, die Kenntniß der deutschen Sprache geleugnet. Beim Etat werden mehrere Schulaufsichtsstellen gefordert, um die Aufgaben in Westpreußen und Posen durchzuführen. Daß die Lehrer der deutschen Sprache ganz mächtig sein müssen, ist selbstverständlich. Gleichwohl giebt es Lehrer, welche diese Forderung nicht erfüllen. Fortan werden Präparanden nicht mehr aufgenommen, welche nicht die Ziele der deutschen Sprache in der Schule erfüllen können. Aber der tüchtigste Lehrer ist machtlos, wenn den Kindern zu Hause verboten wird, deutsch zu sprechen. Verlangen doch polnische Zeitungen, nur polnisch zu sprechen, weil man die Kinder mit dem Deutsch nur verdummen wolle. Der Minister giebt dem Abg. Virchow zu, daß das ausschließliche Anstellungsrecht des Staates insofern Bedenken erregt, als es schwierig ist, die Anstellungsverhältnisse gesetzlich zu regeln. Eine Absicht, die Rechte der Städte und Gutsherren zu beeinträchtigen, sei nicht vorhanden, ebenso wenig Verfassungsbedenken. Der Minister erkennt die Leistungen der größeren Städte für die Schulen an und sagt weitere Erwägungen zu, ob die großen Städte auszunehmen seien.

Abg. Gneist (nat.-lib.) begrüßt die Vorlage sympathisch. Die Erweiterung des staatlichen Vocationsrechts und Aufhebung der Zahlung des Schulgeldes durch die Gutsherrschaft hätte längst erfolgen müssen. Dagegen dürfe die Mitwirkung der Gemeinden an der Schulverwaltung nicht ganz beseitigt werden. Einen diesbezüglichen Antrag behalte er sich vor. Uebrigens sei er für Verweisung der Vorlage an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Gerlach (conservativ) erklärt sich persönlich gegen das Gesetz. Gewaltsame Experimente, wie sie mit dem vorliegenden Gesetze gemacht würden, verbreitern nur die Kluft zwischen den Deutschen und Polen. Nur mit legitimen Mitteln dürfe man vorgehen; die jetzt gewählten Mittel werden gerade den entgegengesetzten Erfolg haben, als man erstrebt. Man hebt nur den Credit der polnischen Gutsbesitzer, die im preußischen Fiscus einen guten Käufer bekommen. Ich halte es für absolut falsch, reindeutschen Städten das Vocationsrecht zu nehmen. Man germanisire durch die Schule, Kirche, Armee, Justiz; aber mit Gewaltmaßregeln polonisirt man nur. (Lebhafter Beifall links, im Centrum und bei den Polen.)

Abg. v. Schwerin-Putzar (cons.): Das Vocationsrecht ist ein gut Stück Selbstverwaltung. Die Anwendung des Gesetzes auf rein deutsche Städte Westpreußens ist nicht richtig. Eine genaue Prüfung der Vorlage in der Commission ist nothwendig.

Das Haus vertagt sich darauf auf Donnerstag, wo die Fortsetzung der heutigen Debatte erfolgt.

---

noch nach A . . . . . führte und der indeß vorgefahren war, ein nach dem Wagen zu abgeschlossenes, vorn offenes Coupé, unmittelbar hinter dem Kutscher, besaß, das nur für 2 Personen bestimmt war und das er unbedingt zu besteigen gedachte.

Prüfend überflog sein Blick die voraussichtlich Mitreisenden, es waren ihrer nur drei, die Dame, die sich ängstlich im Hintergrunde hielt, und die beiden Reisenden, noch nicht so viele also, um den eigentlichen Wagen zu füllen. Welche Chance für ihn, das Coupé für sich allein zu erobern und es mit keinem der lästigen Fremden theilen zu brauchen.

Vorsichtig löste er sich deshalb auch ein Billet mit der höchsten Nummer, nachdem die anderen Passagiere abgefertigt worden, da er wußte, daß die Plätze im Wagen mit Nr. 1 beginnen, und stand eben im Begriff, den ziemlich hohen Tritt zum Coupé hinaufzusteigen, als ihn ein lebhaftes Zwiegespräch am Wagenschlage noch für einen Moment von seinem Vorhaben zurückhielt.

„Mein gnädiges Fräulein“, hörte er einen der gekräuselten, pomadisirten Geschäftsjünglinge eifrig sagen, „Sie sollten nach jenem hohen Sitz dort nicht streben, bedenken Sie, daß er für eine Dame nur schwierig zu erklettern ist, und überlassen Sie meinem Freunde den Platz, der geübter Turner und Bergsteiger ist.“

„Aha“, dachte der Regierungsrath geärgert, „da ist noch einer so schlau wie Du und will den schönen Abend lieber von dem luftigen Sitz aus genießen, als ihn unter dem Dache des Marterkastens verbringen.“

„Ich danke“, ertönte in diesem Augenblick die Stimme der Dame unter dem großen Strohhute hervor, der ihr Gesicht, beschattete und, wie es dem Regierungsrath vorkam, entbehrten die Töne der Sicherheit, „ich ziehe es vor, da hinaufzugehen“, und sie machte Miene, an ihm vorbeieilend den Fuß auf die erste Stufe des Trittes zu setzen, als der Geschäftsreisende mit dreister Geberde die Hand auf ihren Arm legte und sagte: „Sie sollten uns wirklich Ihre Gegenwart nicht vorenthalten, die Hälfte der Tour fahren wir überdem nur mit, dann sind Sie ganz los und Ihr Handgepäck ließ ich bereits in dem Platz dicht über Ihrem Kopfe am Fenster anbringen.“

„Doch aber möchte ich um meine Sachen bitten“, beharrte die Dame jetzt mit größerer Energie, und als der Reisende noch nicht die Anstalt machte, der Forderung Folge zu leisten, als sein Gefährte mit unangenehm lächelnder Miene auf das Coupé zuging, erlaubte es die angeborene Ritterlichkeit des Regierungsraths nicht länger, schweigend einer Scene zuzusehen, die der bedrängten Dame jedenfalls sehr lästig war.

Mit einer etwas steifen Wendung kehrte er sich plötzlich zu der Bedrohten hin, machte eine einladende Bewegung nach der Richtung des Tritts, die zugleich von einem so ernsten Blick auf den dreisten Freund des Reisenden begleitet war, daß dieser blitzschnell vor der Stufe zurückwich. Leicht wie ein Vogel schwang sich die Fremde in das Coupé und als der Regierungsrath ihr dann noch ihren kleinen Handkoffer und ein zusammengerolltes Plaid hinaufreichte, drang ein fast hörbarer Seufzer der Erleichterung unter dem großen Strohhut hervor und die schlanke Gestalt lehnte sich in dem Vollgefühl, in einen sicheren Hafen eingelaufen zu sein, behaglich in die weich gepolsterte Ecke des kleinen Raumes.

Polternd und rasselnd wurde über den Köpfen der Reisenden das Gepäck aufgeladen, mit falschen Tönen blies der Postillon das Abfahrtssignal, der Regierungsrath stieg jetzt auch ein, ließ das Fenster an seiner Seite herunter und blickte angelegentlich hinaus, etwas mißmuthig darüber, daß ihm das Schicksal nun doch einen Gefährten auf der Postfahrt und zwar in der Gestalt eines weiblichen Wesens gegeben. (Fortf. folgt.)

Berlin, 24. Febr. Im Herrenhause soll der Antrag Dernburg (Antipolenvorlage) durch einmalige Schlußberathung erledigt werden. Es kommt wahrscheinlich nächsten Sonnabend auf die Tagesordnung. Die kirchenpolitische Vorlage ist an eine Commission zur Vorberathung überwiesen, der Gesetzentwurf betr. die Kirchenverfassung in dem Consistorialbezirk Cassel nach dem Antrag der Commission angenommen. Bei dem Rechenschaftsbericht der Regierung betreffend die Consolidation der preußischen Staatsanleihen will Graf Schulenburg-Angern, was schließlich auch geschieht, den Bericht durch Kenntnißnahme erledigt wissen. Herr v. Mirbach bittet die Convertirung der 4proc. Obligationen in 3½proc. in Erwägung zu ziehen; er meint, die Doppelwährung, die hierbei keine Rolle spiele, sei von dem Finanzminister, der sich lieber der Mäßigung hätte befleißigen sollen, in „äußerst drastischer Weise“ behandelt worden. Herr Dechend vertheidigt den anwesenden Minister gegen Mirbachs Angriffe und warnt vor weiterer Reduction des Zinsfußes, damit die kleineren und mittleren Kapitalien nicht aus dem Lande gingen.

— Der Entwurf der Landgüterordnung für Schleswig-Holstein wird in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen. Morgen wird die Kreisordnung für Westfalen berathen.

— Unser ☉-Correspondent meldet: Die Wahl-Prüfungs-Commission beanstandete die Wahl des Abgeordneten v. Puttkamer-Plauth und beschloß, Erhebungen über die bei dieser Wahl vorgekommenen amtlichen Wahlbeeinflussungen vornehmen zu lassen.

— Bischof Kopp ist heute aus Fulda hierher zurückgekehrt, um an den Sitzungen des Herrenhauses theilzunehmen.

— In der letzten Sitzung des Ministeriums unter Leitung des Fürsten Bismarck soll es sich um weitere Vorlagen in der Polenfrage gehandelt haben, namentlich um ein (von uns schon erwähntes) Schulnotstandsgesetz für Westpreußen und Posen, das sieben Millionen erfordere.

— Dem Vernehmen nach wird in Regierungskreisen für den Fall der Ablehnung des Monopols schon jetzt das Project einer hohen Branntwein-Consumsteuer mit höherer Exportvergütung ventilirt.

Halle, 24. Febr. In dem Dorfe Zöschen ist eine Ackerfläche von 10 Morgen plötzlich versunken. Mehrere Arbeiterhäuser mit drei Menschen wurden verschlungen. Die meisten Bewohner der Häuser befanden sich außerhalb auf Arbeit. Unter dem niedergegangenen Acker befand sich ein alter Schacht, der anscheinend zusammengebrochen ist. An Stelle des versunkenen Landes ist ein großer Teich getreten.

Belgrad, 24. Febr. In Verfolg des jetzigen Standes der Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien sind hier die militärischen Bestellungen sistirt worden.

Danzig, 25. Februar.

* [Vorschuß-Verein.] Der hiesige Vorschuß-Verein, E. G., hielt gestern Abend im Gewerbehaussaale seine Jahres-General-Versammlung ab. Dieselbe begann mit Erstattung eines kurzen Geschäftsberichts durch den Director des Vereins, Herrn Schnüßler. Nach demselben sind die Resultate der Geschäftsverwaltung des Vereins im verflossenen Jahre trotz der Ungunst der Erwerbsverhältnisse recht befriedigende gewesen und trotz der vielfachen Concurse in kleineren Geschäften sind Verluste nur in verhältnißmäßig geringem Betrage zu beklagen. Der Kassenumsatz betrug 4 700 000 Mark, das Mitgliederguthaben hob sich von 157 809 auf 178 208 Mark, die Wechselbeleihung stieg von 946 315 auf 1 034 065 Mk., die laufenden Credite betrugen 90 500 Mk. (8100 Mk. weniger als im Vorjahr). Depositen flossen dem Verein jetzt weit über Bedarf zu, so daß in einer Kategorie der Zinsfuß herabgesetzt werden mußte. Der Reservefond ist um 1275 Mk., die Spezial-Reserve von 1275 auf 2937 Mk. gestiegen, die Mitgliederzahl hat sich dagegen von 1546 auf 1511 verringert. Hieran schloß sich der Vortrag der Bilanz durch den Controleur Hrn. Elsner. Nach derselben betrug der Brutto-Gewinn 85 711 Mk., die Zinsen-Ausgabe 57 862 Mk., die Geschäftsunkosten 12 744 Mark, Verlust-Abschreibungen 2575 Mark, sonstige Abschreibungen 2c. 398 Mk., so daß ein Reingewinn von 16 132 Mk. verbleibt, von dem zunächst 1613 Mk. dem Reservefond zufließen und 14 519 Mk. disponibel bleiben. Die Versammlung nahm beide Berichte dankend entgegen, ehrte das Andenken des im verflossenen Jahre verstorbenen Directors Nabowski durch Erheben von den Sitzen, ertheilte dem Vorstande Decharge und beschloß dann, aus dem Reingewinn für das dividendenberechtigte Mitgliederguthaben im Gesammtbetrage von 150 453 Mk. eine Dividende von 7½ Procent = 11 284 Mk. zu vertheilen. Aus dem Ueberschuß wurden in Anerkennung der guten Geschäftsverwaltung dem Rendanten, dem Controleur und dem Revisor Gratificationen von je 300 Mk., dem Boten von 60 Mk. einstimmig bewilligt, ebenso der Wittwe des verstorbenen früheren Vereinsboten eine Unterstützung von 100 Mk. — Als Höchstbetrag der den Verein belastenden Anleihen wurde auch pro 1886 das Fünffache des Vereinsvermögens als Maximalgrenze festgesetzt. — In den Aufsichtsrath, aus welchem im Turnus vier Mitglieder ausscheiden, wurden sodann die Herren v. Morstein, Röll und Wilde wiedergewählt, Herr Schlossermeister Friedland neugewählt. Zu stellvertretenden Aufsichtsrathsmitgliedern wurden gewählt die Herren R. Anger, Ahlhelm, Groß und Wittenberg, zu Revisoren der Jahres-Rechnung die Herren Dombrowski, Kuckein und Neitzki wiedergewählt. — Schließlich theilte der Vorsitzende, Herr Krug, mit, daß die Veranlagung des Vereins zur Gewerbe- und Communalsteuer auf Grund der neueren Gesetze jetzt eingeleitet sei. — Mit einem Dankesvotum für den Vorstand und den Aufsichtsrath schloß sodann die Versammlung.

* [Hopfenbau in Westpreußen.] Von einem praktischen Landwirthe unserer Provinz, Hrn. Gutsbesitzer Dembeck zu Marienhof bei Neumark ist kürzlich durch den Verlag von A. W. Kafemann in Danzig eine Broschüre herausgegeben, deren Zweck es ist, die Aufmerksamkeit der Berufsgenossen auf den Hopfenbau hinzulenken und diesen, wo geeigneter Boden vorhanden ist, möglichst zu fördern. Die Winke, welche der Verfasser giebt, sind durchaus beachtenswerth namentlich in einer Zeit, in welcher die Conjunctur für fast alle Gewerbe und so auch für das landwirthschaftliche äußerst ungünstig ist. Der Hopfenbau verdient da, wo die Bodenverhältnisse ihn begünstigen, vornehmlich die Berücksichtigung der kleineren Besitzer, weil leichtere Ueberschüsse erzielt werden. Wie wir aus mannigfachen Kundgebungen ersehen, haben die Bestrebungen des Hrn. Dembeck in landwirthschaftlichen Kreisen bereits viel Anklang gefunden und dem Verfasser sind sowohl von Seiten des Vorstandes des Central-Vereins westpreußischer Landwirthe wie von Behörden unserer Provinz Anerkennungen zu Theil geworden. Herr Dembeck hat aber gleichzeitig auch Schritte praktischer Ausführung unternommen, indem er, insbesondere für den Kreis Löbau, wo der Hopfenbau gute Aussichten eröffnet, Unterweisungs-Curse auf seiner Besitzung veranstaltet, welche im April zwei Wochen, später durchschnittlich eine Woche dauern sollen. Bei denselben wird von den Theilnehmern nur ein mäßiges Kostgeld erhoben, die Unterweisung sowie Rath bei Anlage kleiner Plantagen von Hrn. Dembeck unentgeltlich ertheilt werden. Ferner will Hr. Dembeck, so weit seine eigenen Culturen es ermöglichen, an kleine Besitzer Hopfenkeime (Fechser) unentgeltlich verabfolgen. Der Landrath des Löbauer Kreises bringt, wie wir aus dem dortigen Kreisblatt ersehen, dies gemeinnützige Vorhaben des Hrn. Dembeck zur allgemeinen Kenntniß der Kreisbevölkerung und empfiehlt gleichzeitig die Dembeck'sche Broschüre zur Anregung und Information aufs angelegentlichste.

* [Milchkannenprüfung.] Der Umstand, daß mit dem Aufblühen des Molkereiwesens in Deutschland die Milch zu einer vielfach und auf weitere Entfernungen hin versandten Waare geworden, machte die Herstellung dazu geeigneter Gefäße zu einem Gegenstande von hoher Bedeutung. Bis in die neueste Zeit aber waren sowohl bei den Fabrikanten solcher wie bei den Milchproducenten, Milchhändlern und Molkereiwirthen die Anschauungen darüber, welche Ansprüche an ein in jeder Beziehung zweckmäßiges Milchversandtgefäß zu stellen seien, wenig geklärt. Auf Grund dieser Wahrnehmung veranlaßte der milchwirthschaftliche Verein für Deutschland (gegründet 1874 in Bremen) im vorigen Jahre eine Preisprüfung für Milchversandtgefäße. Dieses von dem landwirthschaftlichen Centralverein für die Mark Brandenburg unterstützte Unternehmen hat nach mehrwöchentlichen, fast über ein halbes Jahr sich erstreckenden Prüfungen durch ein aus sieben Sachverständigen aller dabei in Betracht kommenden Zweige gebildetes Preisgericht am 13. Februar d. J. seinen Abschluß gefunden. Zur Bewerbung standen nur Blechkannen verschiedener Form. Der für ein durchaus vollkommenes Gefäß der fraglichen Art vom Preisgericht zur Verfügung gestellte Preis von 300 M mit silberner Preismünze konnte nicht vergeben werden, weil ein solches Gefäß unter den zur Bewerbung eingelaufenen sich nicht befand, vielmehr an allen Gefäßen noch mehr oder minder erhebliche Mängel auszusetzen waren. Als diejenige Form, welche rücksichtlich des Schutzes der Kannen gegen Beschädigung, insbesondere aber hinsichtlich des höchst wichtigen Schutzes der Verschlußvorrichtung gegen Beschädigung durch Stoß oder Fall, und hinsichtlich des Wärmeschutzes den zu stellenden Anforderungen am meisten entspreche und welche, ohne in Bezug auf Bequemlichkeit und Sicherheit der Reinigung anderen Kannen nachzustehen, nach Beseitigung noch einiger untergeordneter Mängel in der Ausführung eine der Vollkommenheit grenzende Form gewinnen zu lassen in Aussicht stelle, wurde die Faßkanne von Ingenieur Behm in Berlin mit 5 gegen 2 Stimmen bezeichnet und derselben danach einstimmig ein Preis von 225 M zuerkannt. Die dieser am nächsten kommende Form, welcher jene zwei Minderheitsstimmen bei der ersten Abstimmung galten, war nach einstimmigem Ausfall die eine Kanne von Kleiner u. Fleischmann in Mödling bei Wien, derart, daß ihr ein Preis von 150 M zugesprochen wurde. Außer diesen waren noch drei Kannen in engste Wahl gestellt, nämlich je eine von Otterstedde u. Co. in Münster, von Thiel u. Co. in Tremb bei Lübeck und von Schebach u. Hanßner in Dresden. Diesen drei Kannen konnte bedingungsweise Anerkennung nicht versagt, es konnten aber daran nicht mindestens Vorzüge der einen vor der anderen Form nicht gefunden werden. Demgemäß wurde von dem Preisgerichte einstimmig beschlossen, jener Anerkennung durch Zubilligung eines Preises von je 75 M Ausdruck zu geben. Diese neueste Bethätigung des um die Hebung des Molkereiwesens in Deutschland vielfältig verdienten milchwirthschaftlichen Vereins wird sicherlich in allen betheiligten Kreisen mit freudigem Danke begrüßt werden, und nicht verfehlen, ihm neue Mitglieder zuzuführen. Für diejenigen, welche an dem Vereine in nähere Beziehungen zu treten wünschen, sei bemerkt, daß dessen Geschäftsführer, Herr Oekonomierath Boysen, in Kiel seinen Sitz hat.

* [Wochen-Nachweis der Bevölkerungsvorgänge vom 14. Februar bis 20. Februar.] Lebend geboren in der Berichts-Woche 26 männliche, 29 weibliche, zusammen 69 Kinder. Todt geboren 2 männl., — weibl., zusammen 2. Gestorben 29 männliche, 32 weibliche, zusammen 61 Personen, darunter Kinder im Alter von 0—1 Jahr: 9 ehelich, 4 außerehelich geborene. Todesursachen: Masern und Rötheln 2, Scharlach —, Diphtherie und Croup 1, Unterleibstyphus incl. gastrisches und Nervenfieber 2, Brechdurchfall aller Altersklassen 3, darunter von Kindern bis zu 1 Jahr 2, Kindbettfieber —, Lungenschwindsucht 3, acute Erkrankungen der Athmungsorgane 11, alle übrigen Krankheiten 38, Selbstmord 1.

Zur Lage des Zuckermarktes

bringt die in Prag erscheinende Zeitschrift „Politik“ einen beachtenswerthen Artikel, dem wir Folgendes entnehmen.

In allen Fachblättern und zuweilen auch in anderen Journalen begegnet man der Auffassung, die statistische Lage des Artikels Zucker sei eine überaus günstige und vertrauenswürdige, überall bekommt man zu lesen, die Minderproduction der heurigen Campagne sei eine so bedeutende, daß sie auch im Preise des Zuckers zum Ausdruck kommen „müsse“, — trotz alledem sinkt aber der Zuckerpreis tiefer und tiefer, solchergestalt den Ausspruch „grau ist alle Theorie“ gleichsam zum Hohne all der gehegten Hoffnungen bestätigend.

Unter diesen Umständen erscheint es angezeigt, die Sachlage etwas eingehender zu prüfen und namentlich zu versuchen, ob nicht die rein allgemeinen Behauptungen, daß die Minderproduction „müsse“, „schließlich“ „doch“ auch in den Preisen zum Ausdruck gelangen, durch eine präcisere Bestimmung des Maßes und des Zeitpunktes, in welchem die Minderproduction zum Ausdruck gelangen muß, ersetzt werden können. Die nachfolgenden Ermittelungen sollen einen bescheidenen Versuch hiezu bilden.

Der Artikel liefert nun zunächst eine Vergleichung der Production in den Campagnen 1884/85 und 1885/86, welche im letzteren Jahre für Deutschland ein Minus von 330 000, Oesterreich ein solches von 250 000, Frankreich, Belgien und Holland von 68 000 Tonnen, für Rußland ein Plus von 111 000 Tonnen, insgesammt also ein Minus von 637 000 Tonnen ergab. Es unterliegt nun, daß trotzdem die Zuckerproduction der heurigen Campagne zur Deckung des Consums bis zum Erscheinen neuen Zuckers ausreicht. Als Ausgangspunkt nimmt er das Neujahr 1886 an und rechnet dann nach, in wie weit die vorhandenen Vorräthe die Nachfrage für den Consum für die ersten neun Monate (Januar bis incl. September 1886) gedeckt erscheinen.

Nachdem nun weiter für die gesammte europäische Zuckerproduction der englische Markt der einzige, ja maßgebende ist, so muß in dem Nachfolgenden den Verhältnissen Englands die meiste Beachtung geschenkt werden, welcher Standpunkt um so gerechtfertigter erscheint, als England keine heimische Zuckerproduction besitzt, mithin seinen ganzen Consum lediglich auf die Einfuhr angewiesen ist, und dort die Productions-Ueberschüsse aller Länder zur endlichen Ablieferung gelangen. — Wenn man nun diese Ueberschüsse einerseits und den Bedarf Englands andererseits in Beziehung bringt, so gelangt man zu einer genauen Ansicht nach verläßlichen Resultaten. Zu diesem Zwecke ist es vor Allem nothwendig, vorerst jene Mengen zu bestimmen, welche vom 1. Januar 1886 an von den betreffenden Ländern als Ueberproduction außer Landes zu schaffen sind. Diese Bestimmung für die Colonien genau durchzuführen, ist dem heutigen Stande der Zuckerstatistik zufolge durchaus unmöglich, glücklicherweise ist dies aber auch nicht nothwendig, da man auf indirectem Wege auch zu ganz brauchbaren Resultaten gelangt. Für die Rübenzuckerländer gelingt dagegen die Bestimmung in ganz zufriedenstellender Weise und sind da zuerst die eigentlichen Exportstaaten und dann ihre Ueberschüsse zu bestimmen.

Frankreich mit seiner Production pr. 290 000 Tonnen und einem Consum von rund 450 000 Tonnen ist auf eine nicht unbedeutende Einfuhr angewiesen, die Productionen Belgiens und Hollands decken zusammen gerade den eigenen Bedarf. Mithin bleiben als eigentliche Exportländer Deutschland, Oesterreich und Rußland übrig, und fragt es sich, über welche Zuckermengen diese drei Exportstaaten für die ersten neun Monate 1886 zur Ausfuhr verfügen können.

Das Ergebniß dieser Untersuchung ist, daß in Deutschland, Oesterreich und Rußland zur Ausfuhr für 1886 verbleiben 464 000 Tonnen. 64 000 Tonnen als Lagerbestand abgerechnet, bleiben rund 400 000 Tonnen. Davon consumiren Italien, Türkei, Schweiz und Skandinavien zusammen 145 000 Tonnen Rübenzucker und es bleiben für den englischen Markt zur Verfügung 255 000 Tonnen. England braucht in 9 Monaten 900 000 Tonnen, es würde also noch 650 000 Tonnen Colonialzucker gebrauchen. Nach den Aufzeichnungen des „Board of Trade“ betrug die Colonialzucker-Einfuhr nach England in den neun ersten Monaten der Jahre 1885, 1884, 1883 rund 470 000, 480 000, 450 000 Tonnen, im Durchschnitte somit rund 465 000 Tonnen. Nun ist aber die für den Colonialzuckerexport disponible Menge heuer mindestens um 100 000 Tonnen kleiner als im Vorjahre, es wird demnach auch die Einfuhr die Zuckers in den Consumländern um 100 000 Tonnen geringer sein. Es ist aber, wie Jedermann zugeben muß, absolut irrelevant, bei welchem Lande man diese 100 000 Tonnen zur Abschreibung bringt, denn die Fluctuationen am Weltmarkte gelangen eben in seinem ganzen Geltungsgebiete zur Wirksamkeit. Es erscheint demnach vollkommen zulässig, die Minderausfuhr von Colonialzucker pr. 100 000 Tonnen bei der Einfuhr nach England in Abzug zu bringen, demzufolge sich die Colonialzuckereinfuhren der ersten neun Monate nach England nur auf rund 360 000 Tonnen stellen. Die Zufuhren von Rübenzucker pr. 250 000 Tonnen hiezu gerechnet, hat England im Ganzen in dem Zeitraume vom 1. Januar bis 1. Oktober l. J. auf eine Einfuhr von rund 600 000 Tonnen zu zählen. Im Vergleiche zur Consummenge pr. 900 000 Tonnen bedeutet dies einen Ausfall von 300 000 Tonnen.

Der Verfasser, dessen übrige umständliche Rechnungen wir übergehen müssen, glaubt daher für eine nicht sehr ferne Zeit bessere Conjuncturen der Rübenzucker-Industrie prognosticiren zu können. Er schließt mit dem Motto, „daß der am besten kauft, wer am frühesten kauft“.

Literarisches.

× „**Unter Halbmond und Kreuz**“. Roman aus unseren Tagen von Christian Benkard. (Verlag von C. A. Schwetschke u. Sohn, Braunschweig).

Dem Verfasser dieses Buches sind wir bis jetzt unter den Romanschriftstellern noch nicht begegnet. Er ist zehn Jahre in allen Erdtheilen herumgereist, hat in colonialpolitischen Vereinen viel Vorträge gehalten und ist so als Erzähler bekannt geworden. Dies Mal hat er Erlebtes in Buchform wiedergegeben. Sein Roman ist interessant geschrieben und giebt zugleich manchen lehrreichen Aufschluß über uns ferner liegende Dinge, über Menschen und Verhältnisse dort unten, „wo die Völker aufeinander schlagen“. Der Roman spielt auf der Balkanhalbinsel in den Wirren 1876—78. Die Schilderung derselben, besonders des Consulmordes in Salonichi, der damals so viel Unheil im Gefolge hatte, und der deutsch-französischen Flottendemonstration, sind sehr lebendig. Man glaubt es dem Verfasser gern, daß er Augenzeuge aller dieser Erlebnisse gewesen ist. Auch die Entstehung und der Verlauf des russisch-türkischen Krieges ist uns in möglichst objectiver Beurtheilung vorgeführt. Das Buch hat und behält voraussichtlich noch längere Zeit ein praktisches Interesse für die Zeitgeschichte, da die Zustände im Orient immer noch gespannt sind und eine definitive Lösung so bald noch nicht erwarten lassen.

* „**Naturgeschichte des Pflanzenreichs**“. Großer Bilder-Atlas mit Text für Schule und Haus. Herausgegeben von Dr. M. Fünfstück, Privatdocent am Polytechnikum zu Stuttgart. (40 Lieferungen à 50 ₰) Emil Hänselmann's Verlag, Stuttgart. — Das jetzt bis zur 9. Lieferung vorliegende Werk charakterisirt sich als ein solches, welches sich weit über das Niveau des Mittelmäßigen erhebt und sich in der vollen Höhe eines zeitgemäßen Unternehmens zeigt. Namentlich ist den Phanegoramen, speziell den Pilzen, in den bis jetzt erschienenen 9 Lieferungen besonderer Vorzug verliehen und ist es zu bewundern, wie völlig naturgetreu die Abbildungen und das Colorit sind und welch vorzüglicher und gediegener Text, der außerdem durch zahlreiche Holzschnitte erläutert wird, denselben beigefügt ist. Herausgeber und Verfasser haben es sich angelegen sein lassen, hier ein Werk zu bieten, das den bedeutenden Anforderungen der heutigen Botanik gerecht wird; und ist es ganz besonders Verdienst des Verlegers und Autors, dies in so vorzüglicher Weise bewerkstelligt zu haben. Alle Diejenigen, welche sich dem Studium der anmuthenden Botanik widmen wollen, werden in diesem vortrefflichen Werke ein Hilfsmittel finden, welches sie sofort mitten hinein in diese Wissenschaft versetzt und ihnen ein getreuer Wegweiser hierin sein wird.

Vermischte Nachrichten.

* **[Der Verein für Original-Radirung]** zu Berlin hat sich, wie wir erfahren, am 2. Februar definitiv constituirt. Dem Vorstande gehören an die Herren: Geh. Ober-Reg.-Rath Bahlmann als Vorsitzender, Prof. Gustav Eilers als dessen Stellvertreter, Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Jordan und die Professoren Ernst Ewald, Louis Jacoby, Ludw. Knaus, Dr. Old. Menzel. Die erhebliche Zahl der bisher angemeldeten Mitglieder zeugt von dem lebhaften Interesse, welches die Bestrebungen des Vereins bei Künstlern und Kunstfreunden in Berlin und außerhalb finden. Wie wir aus dem uns mitgetheilten Vereisstatut ersehen, erhält jedes Mitglied einen Abdruck von den sämmtlichen für das Vereinsjahr erworbenen Platten und es richtet sich deren Anzahl nach den aus den Jahresbeiträgen (15 M) fließenden Mitteln. In der Zusammensetzung des Vorstandes dürfte ausreichende Bürgschaft dafür liegen, daß die Vereinsblätter, welche durch den Kunsthandel in dem Verein fernstehende Kreise zu bringen nicht beabsichtigt wird, weitgehendsten Anforderungen entsprechen werden. Der Kunsthändler Herr Paul Bette (Berlin SW., Charlottenstraße 96) ist vom Vorstande mit den Functionen des Geschäftsführers beauftragt.

* **[Ball ohne Herren.]** Kürzlich hat im „Bayer. Hof“ in München ein Maskenball der Künstlerinnen stattgefunden, der von 600 Personen weiblichen Geschlechts besucht war. Herren war der Zutritt zum Ball nicht gestattet; trotzdem soll sehr stark gezecht worden sein. Ein großer Theil der Masken war in Herrencostüm als Offiziere 2c. erschienen. Selbstverständlich war auch die Bedienung weiblich.

Weimar, 22. Februar. Die satzungsmäßige Jahresversammlung der Goethe-Gesellschaft findet in den ersten Tagen des Mai, voraussichtlich am 1. Mai statt. Der für dieselbe vorgesehene Festvortrag wird, von Hermann Grimm gehalten werden. Vorher, in den letzten Tagen des April, werden sich die Mitglieder der Shakespeare-Gesellschaft hier vereinigen.

Paris, 20. Febr. Wiederum eine Spielgeschichte in einem Club, dessen Vorstand ein Deputirter ist. Der „Cercle artistique“ gilt schon seit langer Zeit als eine Spielhölle, wird aber von der Polizei geschont, da der Präsident Vergoin zugleich Deputirter ist. Die beiden dort angestellten Croupiers arbeiteten im Einverständniß mit gewissen Mitgliedern des Cercle. Die Sache kam dadurch heraus, daß sie einem Mitgliede einen derartigen Vorschlag machten, den dasselbe dem Vorstande anzeigte. Vergoin erklärt nun in den Zeitungen, er habe die Sache dem Polizeipräfecten übergeben. Er ist offenbar auf die Schließung seines Cercle gefaßt, denn sein Name befindet sich neben anderen auf der Einladung zur Gründung eines neuen Cercle, des „New-Club.“ Nicht unerwähnt mag hierbei bleiben, daß der Vorstand und Leiter eines Spiel-Cercle gewöhnlich dort freien Tisch hat für sich und seine Gäste. Und welcher Tisch! Die ausgesuchtesten Leckerbissen und die besten Weine gehören da zu dem täglichen Speisezettel.

Basel, 23. Februar. Der Eigenthümer und Redacteur der „Basler Nachrichten“, Dr. Wackernagel, ist heute Mittag am Typhus gestorben.

Standesamt.

24. Februar.

Geburten: Arbeiter Franz Reffke, T. — Arbeiter Theodor Krause, T. — Handelsmann Franz Schulz, S. — Segelmacherges. Hermann Goltz, S. — Schlosserges. Carl Granz, S. — Seifenfabrikant Oskar Gamm, S. — Unehel.: 2 S., 2 T.

Aufgebote: Kaufmann Max Bergmann hier und Hedwig Neumann in Skarlin. — Sergeant Gustav Adolf Laskowsky hier und Anna Helene Schirm in Rawitsch. — Schuhmacher Wladislaus Orloski und Ottilie Renate Gritzkowski. — Schneider Eduard Welke in Marienwerder und Auguste Wilhelmine Guru in Unterberg.

Todesfälle: Arb. Rob. Joh. Eduard Reich, 53 J. — Drechslermeister Joh. Adolf Krause, 71 J. — Wwe. Marie Kitschke, geb. Kitschke, 37 J. — Wwe. Anna Jacubowitz, geb. Röhr, 82 J. — Hospitalit Christian Gottsmann, 93 J. — Frau Sybilla Luise Moschall, geb. Beller, 70 J. — Oekonomie-Handwerker Carl Hermann Olschewski, 23 J. — Commis Carl Robert Baus, 25 J.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

(Spezial-Telegramme.)

Frankfurt a. M., 24. Februar (Abendbörse. (Oesterr. Creditactien 240⅜. Franzosen 208⅜. Lombarden 103. Ungar. 4% Goldrente 84,20. Russen von 1880 87,10. Tendenz: fest.

Wien, 24. Februar. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien 298,50. Franzosen 257,00. Lombarden 128,40. Galizier 205,00. 4% Ungarische Goldrente 104,27. — Tendenz: behauptet.

Paris, 24 Februar. (Schlußcourse.) Amortis. 3% Rente 84,37. 3% Rente 82,40. Ungar. 4% Goldrente 83⅝. Franzosen 513,70. Lombarden 271,20. Türken 15,60. Aegypter 340,00. — Tendenz: träge. — Rohzucker 88° loco 34,20. Weißer Zucker ℔ Februar 40,30, ℔ März 40,60, ℔ Mai-Juni 41,10.

London, 24. Februar. (Schlußcourse.) Consols 101⁵⁄₁₆. 4% preußische Consols 104 5% Russen de 1871 99¾. 5% Russen de 1873 99¼. Türken 15½. 4% ungar. Goldrente 83⅛. Aegypter 67⅞. Platzdiscont 1½ %. — Tendenz: ruhig. — Havannazucker Nr. 12 14. Rüben-Rohzucker 13.

Petersburg, 24 Februar. Wechsel auf London 3 M. 23¾. 2. Orientanl. 99¾. 3. Orientanl. 100½.

Glasgow, 23. Februar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 38 sh. 2 d.

Newyork, 23. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95½, Wechsel auf London 4,87½, Cable Transfers 4,89½, Wechsel auf Paris 5,16¼, 4% fundirte Anleihe von 1877 125⅞, Erie-Bahn-Actien 27¾, Newyorker Centralb.-Actien 106½, Chicago-North-Western Actien 110, Lake-Shore-Actien 87⅞, Central-Pacificactien 42⅞, Northern Pacific-Preferred-Actien 58⅛, Louisville und Nashville-Actien 41⅜, Union Pacific-Actien 49⅛, Chicago Milw. u. St. Paul-Actien 93¾, Reading u. Philadelphia-Actien 25½, Wabash-Preferred-Actien 19½, Illinois Centralb.-Actien 138, Erie-Second-Bonds 85½, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 63⅝.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 24. Februar. Wind: SO.

Gesegelt: Agnes (SD.), Lithman, Gothenburg, Getreide und Güter.

Nichts in Sicht.

Schiffs-Nachrichten.

Wismar, 20. Februar. Der englische Dampfer „Amethyst“, welcher gestern das Unglück hatte, sich am Bug so stark zu beschädigen, daß er auf Grund gesetzt werden mußte, ist heute Nachmittag glücklich in den Hafen gekommen. Das Leck ist provisorisch gedichtet

Fremde.

Hotel de Thorn. Frau Amtsrath Bieler a. Bankau. Dyck a. d. Kl. Werder, Landwirth. Hentrich u. Fam. a. Sternberg, Bölcke a. Schäferei, Krause a. Schönau, Gutsbesitzer. Günther a. Leipzig, Hadrian a. Bielefeld, Mensing a. Mühlheim, Gärtner a. Offenbach, Vollbeding a. Aken a. E., Kaufleute.

Hotel Englisches Haus. Voigt a. Magdeburg, Hohlweg und Schulz a. Berlin, Flues a. Remscheid, Söllner a. Hamburg, Meusel a. Neu-Ruppin, Brill a. Belgien, Martiny a. Schlitz i/Hessen, Meyn a. London, Leopold a. Brüssel, Kaufleute. Laueisen a. Ratibor, Fabrikbesitzer. Quade a. Annenhof, Rittergutsbesitzer.

Hotel du Nord. Schultz, Michel a. Stettin, Epstein a. Warschau, Brennwald a. Paris, Westphal a. Montjoel, Brünig, Borchardt, Löwenthal, Samosch a. Berlin, Collstrop a. Kopenhagen, Gompertz a. Crefeld, Nolte a. Hamburg, Grünheidt a. Bremen, Handtel a. Gumbinnen, Ritzer a. München, Redler a. Wien, Udisch a. Hannover, Kaufleute. Lieut Jochheim a. Kolkau, Rittergutsbesitzer. Marquardt a. Pr. Eylau, Rentier.

Hotel d'Oliva. Westphal nebst Gemahlin a. Bromberg, Rentier. v. Boblocki a. Berlin, Referendar. Wentzer a. Wehlau, Privatier. Löwensohn a. Berlin, Kolß a. Berlin, Morgeneier a. Chemnitz, Ficker aus Schwarzenberg, Ullendorff a. Ponschau, Zander aus Belgard, Kaufmann a. Berlin, Margolis a. Ungarn, Schützmann a. Graudenz, Wendland a. Breslau, Kaufleute.

Hotel de Berlin. Paul Ockermann a. Warschau, Ingenieur. Schottler a. Lappin, Fabrikenbesitzer. Bertram a. Rexin, Mac Lean a. Roschau, Rittergutsbesitzer. Scherz a. Berlin, Brink a. St. Louis, Götz a. Nürnberg, Singer a. Berlin, Schall a. Greifenberg, Bermann a. Hannover, Daniel a. Berlin, Wienß a. Tiegenhof, Amrhein a. Oberkirchen, Lutzner a. Berlin, Fattback a. Mannheim, Büttner a. Hamburg, Jührs a. Amsterdam, Kaufleute.

Walter's Hotel. Frau Excellenz v. Kleist nebst Frl. Tochter v. Rheinfeld. Major Stiefbold a. Danzig, Artillerie-Offizier vom Platz. Tenne a. Danzig, königl. Forst-Assessor. Markworth a. Gnesen, Fabrik-Director. Göldel a. Buschkau, Stremlow nebst Gemahlin, Rittergutsbesitzer. Frau Rittergutsbesitzer Rathke a. Bobau. Scheßmer a. Gorken, Lieutenant d. Res. Dr. Siedel a. Dirschau, prakt. Arzt. Nuzazewski a. Jablonowo, Pfarrer. Küsell a. Görlitz, Landwirth. Stroschein a. Zoppot, Rentier. Schulze a. Dirschau, Danziger aus Hannover, Schilling a. Apolda, Möllenhoff a. Barmen, Gandit a. Hamburg, Friddmann a. Gothenburg, Jacoby a. Berlin, Löwenthal a. Mewe, Nickel a. Breslau, Thiriet a. Straßburg i. E., Kaufleute.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann in Danzig.